#

**Auszug aus dem**

**Wahlprogramm des BSA zu den Nationalratswahlen 2008**

# Teil : Europa

[Europa 38](#_Toc207167364)

[Wir wollen und brauchen ein soziales Europa 38](#_Toc207167365)

[Sozialunion statt Neoliberalismus 38](#_Toc207167366)

[Mehr Demokratie und Mitbestimmung in Europa 38](#_Toc207167367)

[Offene Diskussion unserer Regierung über EU-Politik 38](#_Toc207167368)

[Transparenz statt Lobbying 38](#_Toc207167369)

[Erweiterung 39](#_Toc207167370)

[Europaweite Maßnahmen gegen die Teuerung 39](#_Toc207167371)

[Stopp dem Steuerdumping 39](#_Toc207167372)

[EU-weite Finanztransaktionssteuer 39](#_Toc207167373)

[Europäische Finanzmarktaufsicht 39](#_Toc207167374)

[Umwelt und Klimaschutz 40](#_Toc207167375)

[Klimaschutz muss sozial gerecht sein! 40](#_Toc207167376)

[Energieeffizienz und alternative Energien 40](#_Toc207167377)

[Leistbare Preise und Bio statt Gentechnik 40](#_Toc207167378)

[Daseinsvorsorge für alle 40](#_Toc207167379)

[Bildung, Forschung und Budget 40](#_Toc207167380)

[Mehr Geld für Forschung und Soziales statt für die Agrargroßindustrie 41](#_Toc207167381)

[Menschenrechte, Antidiskriminierung und Asyl 41](#_Toc207167382)

[Regulierung von privaten Sicherheitsfirmen 41](#_Toc207167383)

[Wofür wir in der EU stehen 41](#_Toc207167384)

## Wir wollen und brauchen ein soziales Europa

### Sozialunion statt Neoliberalismus

Die Herausforderungen, Chancen, Probleme und Ungerechtigkeiten einer globali­sierten Wirtschaft verlangen verstärkt internationale statt nationale Lösungen der Politik. Wir setzen uns für eine wirtschaftliche starke EU ein, die steuernd in das Wirtschafts- und Sozialsystem eingreift, das europäische Wohlfahrtsmodell sichert und die soziale Situation der Menschen in Europa verbessert. Wir stehen für soziale Sicherheit, faires und nachhaltiges Wachstum und Chancengleichheit in Europa, sowie für die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen. Ein starker Einfluss der Sozialdemokratie in der EU schafft das notwendige Gegengewicht zu den neoliberalen Tendenzen in Europa.

### Mehr Demokratie und Mitbestimmung in Europa

Der Vertrag von Lissabon ist u.a. durch die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Möglichkeit zu europaweiten Volksbegehren ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Demokratie und Mitbestimmung. Deshalb unterstützen wir die weitere Ratifizierung des Vertrages und setzen uns für weitere Schritte in Richtung Sozialunion, Transparenz und Demokratie ein. Bei wesentlichen Änderungen der Verträge tritt der BSA für eine europaweite Volkabstimmung ein, wobei die Regelungen für ein solches Referendum sobald wie möglich zu schaffen sind.

### Offene Diskussion unserer Regierung über EU-Politik

Der Europäische Rat – und damit die Regierungsmitglieder der Mitgliedsstaaten – hat große Entscheidungsbefugnisse in der EU. Durch eine sozialdemokratische österreichische Regierung wird der soziale Einfluss in der EU gestärkt. Wir treten dafür ein, dass unsere Regierungsmitglieder in Österreich bekannt geben, was ihre Verhandlungslinie in den Ratsitzungen ist und wie sie abstimmen. Dadurch müssen sie sich verstärkt gegenüber der Bevölkerung verantworten. Auf diese Weise wird die öffentliche Diskussion über Entschei­dungen in der EU forciert und dadurch mehr Mitsprache der österreichischen Bevölkerung ermöglicht.

### Transparenz statt Lobbying

Wir treten für eine verpflichtende Registrierung und für einen verpflichtenden Verhaltenskodex für LobbyistInnen in der EU ein.

## Erweiterung

Die Länder des Westbalkans – Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien und Albanien – gehören für uns zu Europa und wir begrüßen sie gerne als neue Mitglieder der EU, sobald es die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in diesen Ländern zulassen. Österreich hat massiv von der Osterweiterung profitiert und hat auch wirtschaftliche große Chancen am Westbalkan. In Österreich lebt schon die dritte Generation an ZuwanderInnen aus diesen Ländern, die als Österreicher sehr großes Potenzial in diesen Ländern sehen und viel an der Integration dieser Länder in die EU beitragen wollen und werden. Die weitere politische Handlungsfähigkeit der EU muss bei der Erweiterung im Vordergrund stehen.

## Europaweite Maßnahmen gegen die Teuerung

Um die Auswirkungen der Inflation einzuschränken, sind europaweite Maßnahmen gefragt. Die konsequente Umsetzung der EU-Wettbewerbsregeln kann z.B. erhöhte Gewinnaufschläge der Ölkonzerne verhindern. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kann spekulationsbedingte Preisanstiege eindämmen, und EU-weit abgestimmte Maßnahmen zur Entlastung der unteren Einkommen lindern die Auswirkung der Teuerung.

## Stopp dem Steuerdumping

In Zuge der neoliberalen Politik senken alle Mitgliedsstaaten ihre Unternehmenssteuern um die Wette. So hat letztendlich kein Land einen Standortvorteil, weil alle anderen die Steuern auch gesenkt haben. Die öffentliche Hand hat dadurch jedoch große Steuerausfälle: Leistungen müssen gekürzt oder ArbeitnehmerInnen mit mehr Steuern belastet werden. Durch EU-weite Mindestkörperschaftssteuern könnte diesem Steuerwettbewerb Einhalt geboten werden.

## EU-weite Finanztransaktionssteuer

Eine europaweite Steuer auf Finanztransaktionen kann einerseits Spekulationen und damit die Teuerung einschränken und andererseits als Finanzierungsquelle für Soziales, Forschung und Klimaschutz herangezogen werden. Außerdem wäre es ein Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit, da in den letzten Jahren Kapital steuerlich entlastet und der Faktor Arbeit stärker belastet wurde.

## Europäische Finanzmarktaufsicht

Instabilitäten des Finanzsystems – wie die Subprime-Krise – können verheerende Wirkungen auf die Realwirtschaft ausüben. Der freie Markt kann dieses Problem nicht lösen. Die meisten Finanzinstitutionen agieren international, deshalb stehen wir für eine international koordinierte Finanzmarktregulierung – z.B. durch eine Weltfinanzorganisation – und eine europäische Finanzmarktaufsicht.

## Umwelt und Klimaschutz

### Klimaschutz muss sozial gerecht sein!

Wir fühlen uns für zukünftige Generationen verantwortlich. Daher sind wir für ehrgeizige EU-weite Klimaschutzziele und vor allem für deren konsequente Umsetzung. Klimaschutz hat seinen Preis: CO2-erzeugende Produkte werden dadurch tendenziell teurer, deshalb treten wir parallel zu dieser Entwicklung für eine Entlastung der unteren Einkommen ein. Für importierte Produkte sollen dieselben Umweltauflagen gelten wie für europäische Produkte, um eine Benachteiligung der europäischen Industrie zu verhindern.

### Energieeffizienz und alternative Energien

Bei der Förderung von Energieeffizienz und alternativen Energien setzen wir auf Investitionen in die Forschung, weil diese Investitionen langfristig den größeren Effekt als kurzfristige Preisstützungen haben. Biomasse soll nur beschränkt gefördert werden, da einerseits die CO2-Bilanz von Biomasse nicht ideal ist und andererseits die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für Biomasse massiv zum weltweiten Anstieg der Lebensmittel­preise beigetragen hat.

### Leistbare Preise und Bio statt Gentechnik

Umweltschutz muss sozial gerecht sein! Verstärkte Förderung von biologischer und gentechnikfreier Landwirtschaft statt Riesensubventionen der Agrargroßindustrie soll leistbare Bioprodukte für alle sicherstellen.

## Daseinsvorsorge für alle

Nichtdiskriminierender Zugang, hohe Qualität und für alle leistbare Preise für die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – wie z.B. öffentlicher Verkehr, Energieversorgung und Gesundheitswesen – müssen gewährleistet werden. Liberalisierungen um jeden Preis haben nicht zu Effizienzsteigerungen geführt, sondern Qualität und Versorgungssicherheit beeinträchtigt. Langfristige Sicherheit, Qualität und Versorgung entlegener Gebiete rechnen sich betriebswirtschaftlich nicht, deshalb ist hier die Verantwortung der öffentlichen Hand gefordert.

## Bildung, Forschung und Budget

Bildungszugang für alle verlangt ein öffentliches Bildungssystem und darf nicht den vermeintlichen Erforderungen der Dienstleistungsfreiheit geopfert werden. Investitionen in Forschung und in ein modernisiertes Bildungssystem sind das Überlebensticket in einer globalisierten Wirtschaft. Deshalb treten wir für eine Erhöhung des Forschungsbudgets – unter anderem mit Schwerpunkt auf alternative Energien – und für eine Aufstockung der Bildungsförderung der EU ein. Diese Budgeterhöhung kann durch eine EU-weite Finanztransaktionssteuer finanziert werden.

## Mehr Geld für Forschung und Soziales statt für die Agrargroßindustrie

Das Landwirtschaftsbudget ist nach wie vor einer der größten Ausgabenposten der EU. Förderung für Kleinbauern und biologische Land­wirtschaft sollen erhalten bleiben, Subventionen der Agrargroßindustrie sollen jedoch eingeschränkt werden, z.B. durch eine Förderobergrenze von 100.000€ pro Betrieb. Die freiwerdenden Mittel sollen dann für Soziales und Forschung ausgegeben werden.

## Menschenrechte, Antidiskriminierung und Asyl

Die Durchsetzbarkeit von Grundrechten ist zentraler Bestandteil unseres Wertesystems. Die Grundrechtscharta als Teil des Vertrages von Lissabon und der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention sind dafür wichtige Eckpfeiler. Zur Sicherstellung der Einhaltung der Grundrechte fordern wird finanzielle Förderung von regierungsunabhängigen Institutionen zur Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen. Der Menschenrechtsschutz soll auch zentraler Bestandteil in der EU-Außenpolitik und bei den Verhandlungen mit Beitrittskandidaten sein. Weiters treten wir für europaweite Mindeststandards in Asylverfahren ein.

## Regulierung von privaten Sicherheitsfirmen

Auch in Europa verstärkt sich die Tendenz zur Auslagerung von Sicherheitsdienstleistungen an private Firmen. Besonders kritisch ist diese Tendenz im polizeilichen oder sogar militärischen Bereich. Um das staatliche Gewaltmonopol und den Grundrechtsschutz zu sichern, ist es dringend notwendig, strenge EU-weite Regelungen für den Einsatz dieser Firmen festzulegen.

## Wofür wir in der EU stehen

Wir als SozialdemokratInnen stehen für ein Europa der Menschen statt eines Europas der Konzerne. Deshalb treten wir für mehr Mitbestimmung, mehr Rechte des Europäischen Parlaments, Entwicklung der EU zu einer Sozialunion, Klimaschutz, europaweite Maßnahmen gegen die Teuerung, Verschiebung der Ausgaben von Landwirtschaft zu Forschung und Sozialem ein. Die EU kann und soll ein demokratisches, politisches und soziales Gegengewicht zum „Recht des Stärkeren“ in einer globalisierten, neoliberalen Welt sein.